

**Ergebnisse des Fachgespräches
„Erwerbsarbeit und Engagement“ am 24.10.2013**

Auftrag Bürgerschaftliches Ersuchen „Hamburger Freiwilligenstrategie 2020“ (Drs. 20/5856):

Zu 2. Neue Zugangswege schaffen

Die Hamburger Freiwilligenstrategie soll bisherige Strukturen der Engagementförderung in Hamburg überprüfen und Wege aufzeigen, wie insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, bildungsferne Menschen und **Arbeitslose** die Zugangswege in das freiwillige Engagement verbessert werden können.

Zentrale Ergebnisse der Auftaktveranstaltung vom 13.04.2013:

- Es braucht mehr Verständnis/Wertschätzung von Arbeitsagenturen/Vermittlerinnen gegenüber Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen
- Durch individuelle Beratungen Brücken bauen zu freiwilligem WEngagement; den Einstieg in den Arbeitsmarkt fördern, Arbeitslosen soll nicht das Engagement verboten werden; gleichzeitig keine Arbeitsplätze abbauen

Ergebnisse/ Thesen und Forderungen aus der Fachveranstaltung am 24. 10. 2013:

(Das Fachgespräch beschäftigte sich nicht nur mit dem Engagement von Erwerbslosen, sondern auch mit dem Thema Arbeitsmarkt und Engagement, grob zusammengefasst also der Arbeitsmarktneutralität des freiwilligen Engagements und dem Umgang der Arbeitsvermittlungsagenturen mit dem Thema freiwilliges Engagement.)

Erwerbslose haben z.T. subjektiv die Empfindung, dass ihnen für die Wahrnehmung von Ehrenämtern bzw. eine Tätigkeit im Rahmen des freiwilligen Engagements keine Zeit zur Verfügung steht. Ebenso haben sie z.T. subjektiv die Empfindung, dass ihnen für die nach ihrer Auffassung hohen Ansprüche, welche für die Wahrnehmung von Ehrenämtern bzw. eine Tätigkeit im Rahmen des freiwilligen Engagements erforderlich sind, die erforderlichen Kompetenzen fehlen, womit nach ihrer Auffassung auch kein entsprechendes Angebot besteht. Aus diesen Umständen resultiert ein Gefühl der Ausgrenzung.

Die Aufklärungsarbeit / Mobilisierung zur Förderung der Wahrnehmung von Ehrenämtern bzw. der Tätigkeit im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements ist gerade auch in bildungsfernen Schichten grundsätzlich zu forcieren. Dabei ist darauf zu achten, dass eine zielgruppenspezifische Sprache verwendet wird. Gerade bildungsferne Schichten (diese Gruppe wird ausdrücklich nicht mit Erwerbslosen gleich gesetzt) können z.B. mit dem Begriff „bürgerschaftlichem Engagement“ wenig verbinden.

Erwerbslosen mangelt es zum Teil am Bewusstsein hinsichtlich der Vorteile des freiwilligen Engagements, z.B. Vernetzung und Realisierung neuer formeller und informeller Kontakte, Steigerung des Selbstwertgefühls, Pflege der berufsbiographischen Kontinuität, Verbesserung der finanziellen Lage und Erhalt und Ausbau der fachlichen Qualifikationen.

Im Rahmen einer zielgruppenspezifischen Informationskampagne sollten diese Vorteile noch mehr in den Vordergrund gerückt werden. Was ebenfalls wichtig ist und v.a. von den Jobcentern vermittelt werden sollte, ist Aufklärung und Rechtssicherheit bei Fragen zur Monetarisierung (Anrechnung von Aufwandsentschädigungen etc.)

Daneben ist aber auch zu berücksichtigen, dass mit dem freiwilligen Engagement erwerbsloser Bürgerinnen und Bürger auch ihre Partizipation und bleibende Integration unterstützt wird, was wiederum der Gesellschaft zu Gute kommt.

Für Erwerbslose und für bildungsferne Schichten gilt wie für alle Bürgerinnen und Bürger, dass langfristige Formen des Engagements auf Grund ihrer Verbindlichkeit und Zeitintensität zunehmend weniger Nachfrage erfahren. Kurzfristige, projektbezogene Aktivitäten, möglichst mit Bezug zur unmittelbaren sozialen Umgebung wirken attraktiv: dabei hat eine Studie zur gesellschaftlichen Beteiligung in ärmeren Stadtteilen ergeben, dass der Wille der Bevölkerung zur Beteiligung vorhanden ist, aber nicht der Wille, als Initiator(in) aufzutreten.

Es sollte geprüft werden, ob und wie in Stadtteilen Moderator(inn)en / Quartiermanager(innen) implementiert werden könnten, welche auch für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement „werben“.